DA KANN JA JEDER KOMMEN – SOZIALPOLITIK IST FÜR ALLE DA

und umfasst Integrationsangebote für Eingewanderte und ihre Nachkommen



HINTERGRUND

Zu einer umfassenden Sozialpolitik und einer tragfähigen sozialen Infrastruktur gehören auch Integrationsangebote.

Seit Jahrzehnten wandern Menschen nach Deutschland ein, über 25 % der Bevölkerung hat eine sogenannte Einwanderungsgeschichte. Menschen kommen, um in Deutschland zu studieren, zu arbeiten oder um Schutz zu finden und viele bringen ihre Kinder und Ehepartner_innen mit. Wenn alles gut läuft, sind Eingewanderte und ihre Nachkommen als Arbeitskräfte eine Stütze für die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme.

Aber das Sozialsystem muss auch die im Blick haben, die Unterstützung brauchen. Auch deswegen müssen wir als Gesellschaft fortlaufend daran arbeiten, mit individueller und gesellschaftlicher Vielfalt umzugehen und die interkulturelle Öffnung bzw. diskriminierungsfreie Strukturen als wichtige Grundlage für gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu verankern.

Sozialpolitik ohne Integrationspolitik bleibt Stückwerk. Wenn die Caritas "alle" sagt, meint sie auch Personen mit einer Einwanderungsgeschichte. Zu einer guten Sozial- und Integrationspolitik gehören dabei auch Angebote, die sich gezielt an Personen wenden, die unabhängig vom Grund der Einreise Hilfe benötigen. Die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände unterstützen sie in ihren Beratungsdiensten dabei, gut in Deutschland anzukommen, soziale Kontakte zu knüpfen, eine Wohnung oder Arbeit, eine Schule oder Kita zu finden.

DEUTSCHLAND MUSS SPAREN – AUCH AN DER UNTERSTÜTZUNG VON INTEGRATION?

Neben den Angeboten der Länder und Kommunen haben sich in den letzten Jahren die bundesfinanzierten Angebote (Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) und Jugendmigrationsdienste (JMD)) bewährt. Es fällt uns allen auf die Füße, wenn im Bundeshaushalt an der Arbeit mit Eingewanderten der Rotstift angesetzt wird. Vielen gelingt das Ankommen nicht ohne Hilfe bei der Suche nach Sprachkursen, Kitaplatz, Job und Wohnung. Wer hier spart, verlagert Probleme und löst sie nicht

Die vom Bund finanzierten Angebote leisten dabei wichtige Arbeit. Sie richten sich vorrangig an Personen, die bereits ein Aufenthaltsrecht haben wie insbesondere die wachsende Zahl von Bildungs- und Arbeitsmigrant_ innen. Aber auch Personen, die als Schutzberechtigte in Deutschland leben, und Asylbewerber_innen werden unterstützt und beraten. Das gilt auch und ganz besonders in Krisenzeiten, wie 2015/2016 oder nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine.

- Bundesweit gibt es über 1400 Beratungsstellen der MBE unterschiedlicher Träger. 2023wurden in der MBE bundesweit 593.597 Personen erreicht, davon in 448 Beratungsstellen der Caritas 134.236 Personen
- Bundesweit gibt es rund 490 JMD Beratungsstellen unterschiedlicher Träger. 2023 wurden in den JMD bundesweit 130.272 Personen erreicht, davon in 91 Beratungsstellen der Caritas 28.917 Personen.
- Nach dem Entwurf für den Bundeshaushalt für 2025 soll die Förderung für MBE und JMD auf dem Niveau von 2024 beibehalten werden. Angesichts der Preissteigerungen und des großen Bedarfs entspricht dies jedoch nicht einer bedarfsgerechten Finanzierung.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Bundesfinanzierte Integrationsangebote werden auch künftig gebraucht und müssen auskömmlich finanziert werden.